

Ratingen, den 6. März 2014

Stellungnahme des UVR zum Haushaltsplanentwurf 2014 der Stadt Ratingen

„Ratingen darf sich nicht auf die Verfassungswidrigkeit des Kommunalsoli verlassen – Einsparpotenziale zu realisieren bleibt das Gebot der Stunde“

Zum Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Ratingen für das Jahr 2014 nimmt der Unternehmensverband Ratingen e.V. wie folgt Stellung:

Das Jahr 2013 hat – entgegen den Planungen - für die Stadt Ratingen mit einem Überschuss geendet. Soweit die gute Nachricht, die allerdings nur einem Einmaleffekt zu verdanken ist: Weil die Stadt in den Jahren 2007 bis 2011 zu hohe Anteile an den Lasten der Deutschen Einheit an das Land zahlen musste und erfolgreich dagegen geklagt hatte, erfolgte noch im Dezember eine Rückerstattung in Höhe von 12,7 Mio. EUR. Diese sorgte für einen Haushaltsüberschuss, ohne die Erstattung wäre das Ergebnis negativ gewesen.

Ist jetzt also alles wieder gut? Nein, denn schon ist die nächste Belastungsprobe für die städtischen Finanzen da: die Solidaritätsumlage für (noch) ärmere Kommunen in NRW wird den Raterger Haushalt ab 2014 mit jährlich rund 4,3 Mio. EUR belasten. Das wird sich – auch wenn die Umlage in den beiden letzten Jahren sinkt - innerhalb der nächsten neun Jahre auf 37 Mio. EUR summiert haben.

Allerdings: auch ohne die zusätzlichen Lasten der Solidaritätsumlage wäre der Haushalt 2014 strukturell nicht ausgeglichen, denn man erwartet auch so ein Defizit von rund 2 Mio. EUR. Mit einem jährlichen Gesamtdefizit von rund 7 Mio. EUR in diesem und den kommenden Jahren wird der finanzielle Spielraum der Stadt aber erheblich eingeschränkt. Der Kämmerer geht davon aus, dass die Ausgleichsrücklage bis Ende 2017 um rund drei Viertel zurückgehen wird – und in den Jahren danach möglicherweise ganz aufgebraucht wird, soweit nicht erheblich gegengesteuert wird.

Es muss aus Sicht der Raterger Unternehmen alles dafür getan werden, dass dies nicht eintritt. Denn wenn die Ausgleichsrücklage aufgebraucht ist, ist die Stadt nicht mehr Herr über ihren Haushalt: Sie muss sich diesen von der Aufsichtsbehörde genehmigen lassen.

Als richtigen Schritt unterstützt der Unternehmensverband Ratingen daher das Vorhaben, im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 die Überschüsse der Jahre 2008 bis 2011 von knapp 27 Mio. EUR zur Ausgleichsrücklage umzustellen. Damit wird die Ausgleichsrücklage optisch erhöht – allerdings bedeutet dies faktisch nicht einen einzigen Euro mehr in der Tasche. Die Stadt hat also nicht mehr Geld, das sie ausgeben kann.

Der Unternehmensverband Ratingen e.V. warnt auch davor, sich allzu sehr darauf zu verlassen, dass die Solidaritätsumlage, gegen die die betroffenen Kommunen gerichtlich vorgehen wollen, für verfassungswidrig erklärt wird – mit der Folge, dass das Land Nordrhein-Westfalen die abgeführten Summen zurückzahlen muss. Denn zum einen hat das Land das ursprünglich geplante Zahlmodell schon nachgebessert, zum anderen muss die Stadt die Umlage zahlen, ob sie will oder nicht. Und bis zu einem Urteil kann es einige Jahre dauern.

Es gilt daher, im Sinne einer vorausschauenden Finanzplanung so zu agieren, dass auch dann die notwendige finanzielle Bewegungsfreiheit erhalten bleibt, wenn die Solidaritätsumlage für verfassungskonform erklärt wird.

Daher ist es besonders misslich, dass der Entwurf des Haushaltsplans 2014 auch ohne Berücksichtigung der Solidaritätsumlage strukturell nicht ausgeglichen ist. Um das zu erreichen, gibt es grundsätzlich zwei Wege: Entweder die Einnahmen erhöhen oder die Ausgaben senken.

Der Unternehmensverband Ratingen e.V. hält es für richtig, dass die Ratsfraktionen mit großer Mehrheit nicht den Weg der Steuererhöhung gehen wollen. Nachdem der Grundsteuerhebesatz 2012 erhöht worden war, wäre eine nochmalige Erhöhung nicht angemessen. Dass der Gewerbesteuerhebesatz von 400 Prozent unverändert bleibt, ist auch ein Zeichen der Verlässlichkeit der Stadt als Partner der ansässigen Unternehmen. Es empfiehlt sich außerdem, dass Ratingen einen spürbaren Abstand zu der in vieler Hinsicht attraktiveren Landeshauptstadt (Gewerbesteuerhebesatz 440 Prozent) hält und nicht gegenüber anderen Standorten unserer Region ins Hintertreffen gerät, die in Einzelfällen mit Hebesätzen von 285 Prozent locken.

Auch 2014 kann es also nur ein Ziel geben: Sparen. Dass dies kein leichtes Unterfangen ist, ist allen Beteiligten klar. Insbesondere in einem Jahr, in dem Kommunalwahlen stattfinden. Gerade letzterem dürfte geschuldet sein, dass die Parteien im Rat quasi unisono verbreiten, dass es bei den freiwilligen Zuschüssen an Vereine und Verbände keine Kürzungen geben soll. Wenn man hier nicht kürzen will, muss man dies aber bei anderen Ausgaben tun.

Die Personalkosten sind das größte Budget im Haushalt und steigen von Jahr zu Jahr. Für 2014 sollen sie um insgesamt 3,3 Mio. EUR von 64,9 auf 68,2 Mio. EUR steigen. Das entspricht – wie bereits im Vorjahr - einer Steigerungsrate von mehr als fünf Prozent. Allein seit dem Jahr 2008 – dem ersten Jahr, in dem auch Pensionsrückstellungen gebildet wurden - sind die Personalkosten von 55,2 Mio. EUR auf 68,3 Mio. EUR gestiegen, das bedeutet eine Erhöhung von fast 24 Prozent.

Diese Steigerungen sind nicht nur das Ergebnis der Tariflohnadjustierungen, sondern vorrangig auf die Ausweitung der Stellenpläne zurückzuführen. Begründet wird die Personalaufstockung mit der Zunahme der Aufgaben, die den Kommunen in den letzten Jahren übertragen wurden, wie z.B. die U3-Kinderbetreuung. Allerdings herrschte in den vergangenen, finanziell besser ausgestatteten Jahren auch wenig Druck, diesem Trend entgegenzuwirken, zum Beispiel indem bisher von anderer Seite bezuschusste Stellen am Ende der Laufzeit zurückgeführt wurden.

Der Unternehmensverband Ratingen e.V. wiederholt daher seine Aufforderung, eine radikale Aufgabenkritik durchzuführen, bei der es keine Denkverbote geben sollte. Wie in jeder Organisation sind es die drei Ansätze Prozessoptimierung, Automatisierung und Kooperation, mit denen sich nachhaltige Kostensenkungen erschließen lassen.

Gerade vor dem Hintergrund des Rathausneubaus und der damit verbundenen Möglichkeiten, Funktionen neu zu gliedern und Ämter neu zuzuschneiden, bietet sich der Stadtverwaltung eine einmalige Chance der Erneuerung. Auch ohne Kenntnis der internen Abläufe ist davon auszugehen, dass der konsequentere Einsatz neuer Informationentechnik in der Verwaltung Potenziale freisetzt, die den Stellenbedarf reduzieren und dem bisherigen regelmäßigen Personalaufbau entgegenwirken.

Die interkommunale Zusammenarbeit bietet nach unserer Einschätzung die Möglichkeit, die Fixkosten zu senken. So ist für Außenstehende kaum nachzuvollziehen, dass fast jede Stadt

im Kreis Mettmann ihre eigene IT-Abteilung vorhält, mit jeweils eigenem Personal, eigenen Servern und eigenen Softwarelizenzen, in einzelnen Fällen wenige Kilometer voneinander entfernt aufgestellt. Auch wenn man diese Dienste vielleicht ungern dem Kreis übergeben möchte, sollte als ein erster kleiner Schritt eine Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden möglich sein. Unserer Meinung nach zwingt nicht nur die Haushaltslage, sondern einfach der gesunde Menschenverstand dazu, solche Modelle ernsthaft anzugehen.

Für den richtigen Weg hält der Unternehmensverband Ratingen e.V. den Vorschlag der Verwaltung, Investitionen in Folgejahre zu verschieben, soweit diese nicht unbedingt notwendig sind. Es muss der Grundsatz „Reparatur vor Neuanschaffung“ gelten, soweit dies unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll ist. Wir sind der Überzeugung, dass die Bürger dafür Verständnis haben werden.

Auch wenn das Kommunalwahljahr 2014 nicht der richtige Zeitpunkt für ein gemeinsames Vorgehen aller Parteien zu sein scheint, weil diese glauben, sich angesichts der Wahl parteipolitisch positionieren zu müssen:

Der Unternehmensverband Ratingen e.V. fordert alle Ratsfraktionen auf, spätestens 2015 ein parteienübergreifendes Konzept zur mittel- und langfristigen Entschuldung aufzustellen. Die Stadt Langenfeld hat eindrücklich bewiesen, dass dies möglich und sinnvoll ist. Die finanziellen Freiheiten, die sich nach Durchführung einer Entschuldung für die Kommune bieten, sind im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar.

gez. Olaf Tünkers
Vorsitzender

gez. Dr. Axel Mauersberger
Geschäftsführer